

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Integrationsrates

am Mittwoch, **22.05.2013**, 18:10 Uhr - 20:50 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Sylvie Eschkotte , Dr. Diraid Ibrahim , Christoph Kattentidt , Manfred Kehr , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinos , Hoang Ngan Nguyen , Dr. Musa Mohammad Omar , Pascal Powroznik , Deler Saber , Dr. Georgios Tsakalidis , Robert von Olberg , Sandra Wübken , Dr. Ömer Lütfü Yavuz , Ahmet Yesilyaprak ,

von der Verwaltung

Jochen Köhnke ,

für die Schriftführung

Regina Etienne ,

Es fehlte/n:

Joachim Bruns , Aynur Küçük , Türkan Kurt , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Ahmet Özdemir , Petra Seyfferth , Kakha Tandilashvili , Peter Wolfgarten ,

Herr Marinos begrüßte die zahlreichen Gäste:

Frau Doris Rüter, Sozialamt (50),

Frau Barbara Wenders, Lehrerin an der Grundschule Berg Fidel,

Herr Dr. Reinhard Stähling, Schulleiter an der Grundschule Berg Fidel,

Herr Wolfgang Wimmer, Amt für Schule und Weiterbildung (40).

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1. Eingänge und Mitteilungen**
- 2. Anhörungen**
- 3. Berichte**
 - 3.1. Bericht aus der Verwaltung: Die Datenbank der Migrantenvereine - Funktionen und Möglichkeiten"
- 4. Entscheidungen**
 - 4.1. Antrag an den Rat der Stadt Münster zur Personalausstattung des Kommunalen Integrationszentrums (KiZ) der Stadt Münster
 - 4.2. Antrag an den Rat der Stadt Münster zur Empfehlung an das Land NRW bezüglich Personalausstattung der Kommunalen Integrationszentren in NRW
 - 4.3. Inklusionsschule in Münster
 - 4.4. Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
 - 4.5. Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten
- 5. Berichte aus den Ausschüssen**
- 6. Verschiedenes**

V/0125/2013

V

V/0325/2013

V

Der Vorsitzende, Herr Marinos, eröffnete die Sitzung um 18.10 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor der Sitzung haben die folgenden Mitglieder und Mitgliederinnen ihre Teilnahme an der Sitzung abgesagt: Frau Türkan Kurt, Herr Joachim Bruns, Herr Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Herr Ahmet Özdemir, Frau Petra Sefferth, Herr Kakha Tandilashvili und Herr Peter Wolfgarten.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Zu Beginn der Sitzung stellte Herr Powroznik noch die Frage nach der möglichen Änderung der Tagesordnung: Die Punkte 4.1 und 4.2 waren jetzt im ausliegenden Entwurf in einem Antrag an den Rat zusammengefasst worden.

Hier verwies Herr Marinos auf die Reihenfolge in der Tagesordnung, die sich erst einmal so nicht geändert habe, und bat diese Abstimmung dann auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Herr Marinos rief dann den Punkt Eingänge und Mitteilungen auf und begann selbst mit folgenden Ausführungen:

1. Gedenktag: 80. Jahrestag der Bücherverbrennung am 11.05.2013

Mit verschiedenen Lesungen an verschiedenen Plätzen wurde an diesem Tag der Bücherverbrennung vor 80 Jahren gedacht. Herr Marinos selbst hatte eine Lesung dabei gehalten. Er sprach von einer ergreifenden Veranstaltung.

2. Vesper im Dom

Ein Hinweis auf die Veranstaltung am Domplatz am Pfingstmontag, Vormittag.

3. Lesung – Frau Shojaee (London), Mitarbeitern von Frau Ebadi (London)

Zu Frauenrechten im Iran hat es eine Lesung am 21.05.2013 gegeben. Frau Shojaee ist Frauenrechtlerin, Autorin und Journalistin und hat bereits vor kurzem in Berlin vorgetragen. gewesen.

4. Anti-Rassismus-Seminar in Kooperation mit dem Asta der Universität

Am 07.06 und 08.06.2013 wird der Workshop durchgeführt. Herr Marinos rief erneut zu Anmeldungen auf: Er warb für dieses sehr interessante und wichtige Seminar und empfahl allen Interessierten die Teilnahme.

Herr Marinos erteilte nun Herrn Köhnke das Wort.

1. Aktueller Stand der Mittelreservierungen

„Allgemeine Verfügungsmittel“ waren bisher 4.101,86 € verbraucht worden, so dass Aktuell noch 15.858,14 € zur Verfügung stehen.

Für den Posten „Zuschüsse des Integrationsrates“ waren bisher 7.070,00 € ausgegeben worden, so dass jetzt noch: 12.770,00 € zur Verfügung stehen.

Herr Köhnke wies aber auch darauf hin, dass die Stände nicht darüber hinwegtäuschen sollen, dass auch noch das interkulturelle Fest im September daraus bestritten werden muss.

2. BANF-Veröffentlichung:

Aus einer Veröffentlichung von Frau Dr. Böhmer konnte unter anderem gelesen werden, dass es in der Bevölkerung ein falsches Bild der beiden Bevölkerungsgruppen Bulgaren und Rumänen gibt. So seien circa 60% vollzeitig erwerbstätig, circa 20% seien teilerwerbstätig und circa 20% würden Transferleistungen beziehen.

3. Stand der Flüchtlingsunterkünfte:

Herr Köhnke berichtete, dass mit Wohncontainern vor der Fertigstellung der Neubauten, diese Zeit überbrückt werden soll. Man sei hier gut im Zeitplan, so dass schon die ersten Container evtl. vor der Sommerpause bezugsfertig sein könnten.

Herr Marinos war bei der Einwohnerversammlung in Roxel dabei. Hier hat er großes Engagement und Interesse bei den anwesenden Bürgern festgestellt. Wie er formulierte: Eine ermutigende Situation.

Herr Köhnke berichtete weiter: Es wurden Einladungen für den 11.06.2013 an die Bürgerinnen und Bürger in Nienberge verschickt. Auch von da hat es erfreuliche Signale gegeben.

Punkt 2 der Tagesordnung

Anhörungen

Zur Anregung an den Rat der Stadt Münster, das Hausrecht zu ändern, wurde diskutiert.

Da aber keine Vorbereitungen getroffen waren, wurde dies auf eine der folgenden Sitzungen vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte

Punkt 3.1 der Tagesordnung

Bericht aus der Verwaltung: Die Datenbank der Migrantenvereine - Funktionen und Möglichkeiten"

Frau Ximena Meza Correa-Flock und Herr Cristian Opris haben an der Aktualisierung der Datenbank mehr als ein Jahr gearbeitet. Es handelte sich dabei, wie dann berichtet wurde, bereits um die 3. Überarbeitung. Über 90 Migrantenselbstorganisationen (MSOs) seien und das teilweise seit mehr als 30 Jahren schon in Münster tätig.

Herr Opris zeigte via Beamer die praktische Anwendung der Datenbank.

<http://www.muenster.de/stadt/zuwanderung/migrantenorganisationen.html>

Mit einigen Hinweisen konnten die Gremiumsmitglieder Ihre Ideen, die Anwenderfreundlichkeit zu erhöhen, beitragen. Die Verwaltung nahm die Anregungen auf und wird diese, so dies auch teilweise technisch möglich ist, auch umsetzen.

Es wurde festgestellt, dass die Informationen teilweise sehr ausführlich sind, aber je nach Fragestellung wiederum dann den Kontakt zum Verein unumgänglich ist. Aber es sei in jedem Fall ein Spiegelbild der Vielfalt, wie Herr Tsakalidis es ausdrückte. Er bedankte sich im Namen des Gremiums an dieser Stelle für die Arbeit und das Ergebnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 4.1 der Tagesordnung

Antrag an den Rat der Stadt Münster zur Personal-

ausstattung des Kommunalen Integrationszentrums (KiZ) der Stadt Münster

Herr Marinos legte einen – jetzt für die Tagesordnungspunkte 4.1. und 4.2 zusammengefassten Antrag den Mitgliedern zur Abstimmung vor. Es wurde allgemein anerkannt, dass es sinnvoll ist, beide Anträge zusammen zu fassen. Zu einer Abstimmung wurde dazu nicht aufgerufen.

Herr Marinos danke den Mitgliedern für die gute Diskussion am Dienstag. Er hielt den Austausch für sehr fruchtbar. Er appellierte an dieser Stelle, dieses Treffen regelmäßig zu besuchen.

„Antrag an den Rat der Stadt Münster

Der Integrationsrat der Stadt Münster stellt den Antrag an den Rat der Stadt Münster folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Münster beschließt, dass bei der Bildung des Kommunalen Integrationszentrums prozentual mindestens die Menge an Menschen mit Migrationsvorgeschichte eingestellt werden, die der Zusammensetzung der Stadtgesellschaft entspricht (zz. 21 %). Weil es jedoch dabei um Aufgaben geht, die ganz überwiegend ausländerrelevante Themen betreffen, soll diese Zahl erheblich gesteigert werden.
2. Darüber hinaus wäre es begrüßenswert, wenn die Verwaltung eine Initiative über den Städtetag NRW einbringt mit dem Ziel, die unter Punkt 1 beschlossene Regel landesweit umzusetzen.

Begründung:

Auf der Basis des Berichtes der Stadtverwaltung zur Zusammensetzung des Personalkörpers der Stadt wird oben genannter Antrag gestellt. Auch wenn bislang immer noch kein Weg gefunden wurde, absolute Zahlen bezüglich der Zusammensetzung vorzulegen, so ist aufgrund der bisherigen Erkenntnisse fest davon auszugehen, dass Menschen mit Migrationsvorgeschichte in der Münsteraner Stadtverwaltung überdeutlich unterrepräsentiert sind.

Entsprechend der Philosophie des Landtages NRW, der im Übrigen konkret an diesem Thema arbeitet, soll auch in der Stadt ein Schritt in Richtung der Gleichstellung erfolgen. Entsprechend des § 5 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wäre diese Maßnahme geeignet und auch angemessen, die aktuell bestehenden Nachteile, die offensichtlich in der bisherigen Einstellungspraxis bestehen, bei dieser sich bietenden Gelegenheit beispielhaft zu durchbrechen.

Auch wenn innerhalb dieser Organisationseinheit kein kompletter Ausgleich zu dem Mangel innerhalb des Personalkörpers der Gesamtverwaltung ermöglicht wird, so ist gerade bei dieser speziellen Aufgabe, nämlich Integrationsverläufe mit dem Ziel der Gleichbehandlung zu steuern, dringend geboten, ein Signal zu geben unsere tatsächliche Lebenswirklichkeit abzubilden. Es ist zudem unbestritten, dass nicht nur der entsprechende Bevölkerungsanteil zunimmt, sondern auch dessen Bildungsstand und das geforderte Qualifizierungspotential bundesweit ausreichend vorhanden ist. „

Die Diskussion wurde kontrovers geführt, da diese Anregung auch erst jetzt allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurde. Inhaltlich hatte dies aber keine Auswirkungen, da man das Anliegen in jedem Fall nicht weiter verzögert auf den Weg bringen wollte. Herr Köhnke beriet das Gremium. Es sei durchaus möglich ist, dass auch Anträge als Tischvorlagen vorgelegt würden. Die Tagesordnung sei in diesem Fall bekannt gewesen und auch nicht geändert worden.

Frau Wübken stellte einen Antrag, den Text wie folgt in Ziffer 1 zu ändern:

1. Der Rat der Stadt Münster beschließt, dass bei der Bildung des Kommunalen Integrationszentrums ~~prozentual mindestens die Menge an~~ Menschen mit Migrationsvorgeschichte eingestellt werden, **um auch innerhalb des eingestellten Personals bevorzugt** die der Zusammensetzung der Stadtgesellschaft ~~entspricht~~ **abzubilden** (zz. 21 %). Weil es jedoch dabei um Aufgaben geht, die ganz überwiegend ausländerrelevante Themen betreffen, soll diese Zahl erheblich gesteigert werden.

Herr Ergolu beantragte die Abstimmung der Anregung, wie vorgelegt.

Herr Marinos rief zunächst zur Abstimmung in der geänderten Form auf. Mehrheitlich wurde mit 3 Enthaltungen gegen diese gefasste Form der Anregung gestimmt.

Herr Marinos rief nun zur Abstimmung in der zuerst vorgelegten Form auf. Einstimmig wurde mit 2 Enthaltungen für diese Anregung an den Rat gestimmt.

Punkt 4.2 der Tagesordnung

Antrag an den Rat der Stadt Münster zur Empfehlung an das Land NRW bezüglich Personalausstattung der Kommunalen Integrationszentren in NRW

Dieser Tagesordnungspunkt wurde damit bereits unter 4.1 in der dazu gehörigen Anregung an den Rat mit verarbeitet und abgestimmt.

Punkt 4.3 der Tagesordnung

Inklusionsschule in Münster

Herr Wimmer vom Amt für Schule und Weiterbildung berichtete über den Stand der Inklusionsschule und dem Antrag die Grundschule Berg Fidel im Schulversuchsprogramm PRIMUS aufzunehmen.

Weitere Aspekte trugen außerdem zwei Gäste, Herr Dr. Reinhard Stähling, Schulleiter der Grundschule Berg Fidel und Frau Barbara Wenders, Lehrerin an der Grundschule Berg Fidel, sehr leidenschaftlich vor. Herr Dr. Stähling legte außerdem ein Schreiben der Universität zu Köln vor, in der sich Frau Prof. Dr. Kersten Reich stark für die Teilnahme am Schulversuchsprogramm gerade dieser Schule ausspricht (siehe Anlage). Die besondere Form der Ausbildung der Lehrer wurde damit thematisiert.

Es sollte ein Beschlussvorschlag bzw. eine Anregung an den Rat formuliert werden und in der nächsten Sitzung dazu abgestimmt werden.

Im Anhang zur Sitzung findet sich auch der Auswertungsbericht zur Elternumfrage, der in der Zwischenzeit vorliegt und auf dessen Grunddaten sich auch der Bericht von Herrn Wimmer bezog.

Punkt 4.4 der Tagesordnung V/0125/2013

Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Frau Rüter berichtete für die Verwaltung zum vorgelegten umfangreichen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Frau Rüter bemerkte eingangs, dass es in dieser Sitzung interessanterweise viele Überschneidungen in den Themenfeldern gäbe und sie persönlich bereits durch die bisherigen Diskussionen und Beiträge ihr eigenes Feld mit interessanten Informationen erweitern konnte.

Besonders auf die Seiten 63 ff. wollte Frau Rüter hinweisen, da hier der Bereich der „Migration und Behinderung“ im Aktionsplan aufgearbeitet und die entsprechenden Maßnahmen vorgestellt werden. So hob sie eine Auftaktveranstaltung im Oktober (10.10.2013) hervor, in der es um den Umgang der unterschiedlichen Kulturen mit Menschen mit Behinderungen gehen würde.

Herr Marinos wies auf einen Aspekt des unterschiedlichen Denkens z.B. in Griechenland hin: So heißen dort Menschen, die in unseren Augen an Behinderungen leiden „Menschen mit speziellen Fähigkeiten“.

Es entspann sich eine beitragsreiche Diskussion, mit der deutlich wurde, dass alle Anwesenden ein starkes Interesse am Thema haben.

Frau Rüter verwies auch auf S. 67 hin. Ziffer 3.7.1 Inklusives Gemeinwesen: Auf Landesebene soll es dazu eine Datenbank geben.

Herr Dr. Stähling bat um das Wort, um auf die S. 84 ff. hinzuweisen, in dem es um den Schulentwicklungsplan der Stadt Münster aus dem Jahr 2011 geht, in dem seinerzeit die Weichen für die Inklusionsschule gestellt worden waren.

Nach Nachfragen, die aber nicht zu Änderungsanträgen geführt haben, hat Herr Marinos das Gremium zur Abstimmung der Vorlage gebeten.

Das Gremium beschloss einstimmig, dem Rat diese Vorlage in der vorliegenden Form als Ergebnis seiner Vorberatung zu empfehlen.

Begründung:

1. Beschlusslage

Der Rat hat die Verwaltung am 19.10.2011 beauftragt, auf der Grundlage der im Konzept dargelegten Eckpunkte (Kapitel 3.3) einen Aktionsplan „Münster auf dem Weg zur Inklusion – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ für den Zeitraum bis 2022 zu erarbeiten und dem Rat bis Ende 2012 vorzulegen. Im Bereich Schule sollte damit erst begonnen, wenn die entsprechenden Vorgaben des Landes dazu vorliegen.

Mit dem vorliegenden Aktionsplan kommt die Verwaltung diesem Auftrag nach.

2. UN-Behindertenrechtskonvention, Umsetzung auf Bundes- und Landesebene

Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-Behindertenrechtskonvention – BRK) ist seit dem 26.03.2009 für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich.

Die BRK hat den Rang eines einfachen Bundesgesetzes. Sie ist durch innerstaatliche Gesetzgebung und andere geeignete Maßnahmen umzusetzen. Die Umsetzung der BRK ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft und alle staatlichen Ebenen. Sie ist

als ein längerfristiger gesamtgesellschaftlicher Lern- und Gestaltungsprozess zu verstehen.

Am 15.06.2011 hat das Bundeskabinett den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beschlossen.

Im Juli 2012 hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ihren Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ veröffentlicht. Dieser Aktionsplan ist auch für die kommunale Arbeit eine wichtige Grundlage, insbesondere auch mit Blick auf den im Aktionsplan festgestellten Änderungsbedarf von landesrechtlichen Regelungen. Im Zuge der weiteren Umsetzung werden Konnexitätsgesichtspunkte (finanzieller Ausgleich durch das Land bei Zuweisung von Aufgaben an die Kommunen) zu beachten sein – dies zeigt sich aktuell bereits im Handlungsfeld Schule.

3. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Münster.

Die UN-Behindertenrechtskonvention tangiert alle örtlichen Handlungsfelder der Daseinsvorsorge. Hierzu gehören unter anderem Aufgaben aus den Bereichen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Schule, Wohnen, Gesundheit, Stadtplanung, Wirtschaft, Beschäftigungsförderung, Freizeit, Sport, Kultur und Soziales.

Verschiedene Organisationen, Behörden und die Stadt Münster setzen sich bereits seit vielen Jahren engagiert für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Münster ein und tragen dazu bei, Münster zu einer barrierefreien und inklusiven Stadt zu entwickeln. Die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention bedeuten für viele Handlungsfelder jedoch neue Herausforderungen. Die Umsetzung der BRK erfordert u.a. einen Umbau bisheriger Unterstützungssysteme für Menschen mit Behinderungen und damit grundlegende strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen. Ferner ist mit Blick auf die Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens eine Weiterentwicklung der Infrastruktur im Sinne eines „Design für alle“ erforderlich.

Die Ziele der UN-BRK sind in allen kommunalen Handlungsfeldern angemessen zu berücksichtigen. Im „Konzept zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Münster“ (Beschlussvorlage V /0525/2011) werden dazu folgende Handlungsansätze benannt und konkretisiert:

1. Inklusion in allen Handlungsfeldern immer von Anfang an berücksichtigen
2. Bewusstseinsbildung
3. Nichts über uns ohne uns – Beteiligung von Menschen mit Behinderungen
4. Statistik und Datensammlung

In Ergänzung zu diesen strukturellen Handlungsansätzen bietet ein Aktionsplan eine gute Möglichkeit, für die einzelnen Handlungsfelder den notwendigen Handlungsbedarf sowie Schritte zur Umsetzung der Ziele der BRK zu nennen.

Der vorliegende Aktionsplan hat das Ziel, ressortübergreifend aufzuzeigen, welche Herausforderungen in den Handlungsfeldern der kommunalen Daseinsvorsorge aktuell be-

stehen und durch welche Maßnahmen die UN-Behindertenrechtskonvention in Münster schrittweise umgesetzt werden soll. Dabei liegt dem Aktionsplan das Verständnis zugrunde, dass Inklusion einen kontinuierlichen und längerfristigen Prozess bedeutet, der das Engagement der gesamten Stadtgesellschaft und viele kleine Schritte erfordert. In diesem Sinne ist der Aktionsplan kein „starrer Plan“, sondern Teil eines Prozesses. Er soll einen „roten Faden“ für die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer inklusiven Stadt Münster und eine Diskussionsgrundlage für die Entwicklung weiterer Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten bieten. Zu beachten ist, dass die Umsetzung der UN-BRK auch aufgrund der Haushaltslage der Stadt Münster nur schrittweise und langfristig realisiert werden kann.

4. Weiteres Verfahren

Die Verwaltung wird die Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) bzw. je nach Themenbereich Organisationen der Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen beteiligen. Die KIB sowie die jeweils zuständigen Fachausschüsse werden fortlaufend über die Umsetzung von Maßnahmen informiert.

Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Münster sieht vor, dass die KIB einmal jährlich alle Einrichtungen, Verbände, Vereine und Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen einlädt, um über die Arbeit der KIB und den Stand der Behindertenpolitik zu informieren und Gelegenheit zum Austausch zu geben. Diese Sitzungen wurden in den letzten Jahren bereits genutzt, um über die UN-BRK und die Erarbeitung des Aktionsplans sowie inklusive Projekte in Münster zu informieren. Zukünftig soll in diesen Sitzungen jeweils über den Stand der Umsetzung des Aktionsplans informiert und die Möglichkeit gegeben werden, Anregungen zur Umsetzung oder zu weiteren erforderlichen Maßnahmen zu geben. Dieses Verfahren trägt dazu bei, die in der UN-BRK vorgesehene Beteiligung der Organisationen von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Anregungen aus diesen Sitzungen werden dokumentiert und in den ersten Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans, der bis zur Jahresmitte 2015 vorgelegt werden soll, aufgenommen.

In Vertretung

Thomas Paal
Stadtrat

Anlage:

Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt: Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

**Punkt 4.5 der Tagesordnung
V/0325/2013**

Zuschüsse des Integrationsrates zu Veranstaltungen und Projekten

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Folgende Zuschüsse werden gewährt:

Lfd. Nr.	Zuschuss an:	Zuschuss / Beschluss für:	Betrag in €	Anmerkung:
21.	Kulturverein „Gottes Weg Münster“ e.V.	Kultur- und Musikfest am 05.05.2013 in der Trauttmansdorffstraße 73	250,00	1.400 €
22.	Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) – vertreten durch Emine Aksahin	Kurdischer Kulturabend am 15.05.2013	200,00	280,00 €
23.	Upla e.V. – Deutsch-Lateinamerikanischer Verein	Lesung mit musikalischer Unterma- lung am 28.05.2013	290,00	290,00 €
24.	Upla e.V. – Deutsch-Lateinamerikanischer Verein	Leinamerikanischer Abend am 21.06.2013	300,00	465,00 €
25.	Treffpunkt Waldsiedlung e.V. – Bürgerinnen und Bürger für lebendige In- tegrations	Friedensmal am 29.06.2013 auf dem Gelände vor dem Vereingebäude Bonnenkamp 73	200,00	250,00 €

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten in Höhe von 1.240,00 € entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations-und Integrationsma- nagement	2013	1.240,00	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:					

Herr Marinos rief zur Abstimmung der vorgeschlagenen Zuschüsse auf. Das Gremium verabschiedete bei drei Enthaltungen die Vorlage einstimmig.

Begründung:

Die Verwaltung legt hiermit die Auflistung der bei der Geschäftsstelle des Integrationsrates vorliegenden Anträge auf Bezuschussung von Veranstaltungen und Projekten vor, über die ein Beschluss aussteht.

Die vorgeschlagenen Zuschussbeträge basieren auf Vorschlägen des Vorsitzenden des Integrationsrates.

Punkt 5 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Herr Tsakalidis stellte den Antrag, dass zum Thema „Wohnen“ ein konkreter Antrag an den Rat gestellt werden sollte, um die aktuell sich verschärfende Wohnungssituation in Münster zu thematisieren und um Maßnahmen in der Stadtplanung diesbezüglich anzumahnen und zu fordern. Es gäbe immer mehr Menschen am Rande der Gesellschaft, die sich kaum noch Wohnraum in Münster leisten könnten.

Es folgten keine weiteren Meldungen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Kehr äußerte die Idee, dass künftig die Zuschussvorlage nur noch digital zur Verfügung gestellt werden könnte.

Herr Powroznik berichtete, dass er zum Preisgericht zum Bau der neuen Flüchtlingseinrichtungen unter Leitung der Wohn- und Stadtbau eingeladen worden war und sich über entsprechenden Aufgaben und Anregungen aus dem Gremium freuen würde.

Anlässlich der geplanten Novellierung der Gemeindeordnung:

Herr Powroznik berichtet davon, dass er ein 10-Punkte-Papier ausgearbeitet habe. Er sei vorbereitet und wolle sein Interesse bekunden, an diesem Thema zu arbeiten.

Herr Marinos schlug vor, dies in der übernächsten Sitzung zu übernehmen. Von Seiten der Verwaltung sollte die Stellungnahme der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. Bis dahin wolle man sich austauschen.

Herr Marinos beendete die Sitzung um 20.55 Uhr.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Regina Etienne
Schriftführung